

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Literaturverzeichnis .....	XXIX

## 1. Abschnitt

### Grundlagen vorvertraglicher Aufklärungspflichten ..... 1

#### 1. Kapitel: Culpa in Contrahendo ..... 1

##### I. Haftung zwischen Vertrag und Delikt ..... 1

##### II. Grundlagen einer Haftung für culpa in contrahendo ..... 5

##### 1. Haftungsverschärfung vor Vertragsabschluss ..... 8

###### 1.1. Spezialisiertes Verhältnis ..... 8

###### 1.2. Eigene Interessenverfolgung ..... 9

###### 1.3. Erhöhte Gefährdung ..... 15

###### 1.4. Besonderes Vertrauen? ..... 16

###### 1.5. Aufbau einer funktionstüchtigen Rechtsgeschäftsordnung? ..... 20

##### 2. Beginn und Umfang der Haftung aus culpa in contrahendo ..... 21

##### 3. Zusammenfassung ..... 22

##### III. Abgrenzung: Vorvertragliches Informationsfehlverhalten ..... 24

#### 2. Kapitel: Vorvertragliche Informationspflichten ..... 27

##### I. Schutzzweck von Informationspflichten ..... 27

###### 1. Allgemeines ..... 27

###### 2. Exkurs: Keine Schaffung einer „formellen Entscheidungsfreiheit“ ..... 33

##### II. Voraussetzung von Informationspflichten: Vorliegen eines Irrtums ..... 36

###### 1. Irrtum und „Handeln unter Unsicherheit“ ..... 36

###### 2. Exkurs: Erkennbarkeit eines Irrtums für den Aufklärungspflichtigen ..... 49

##### III. Gegenstand von Informationspflichten: Die Dispositionsgrundlage ..... 50

##### IV. Zeitliche Grenzen von Informationspflichten aufgrund ihres Schutzzwecks ..... 51

###### 1. Irrtum tritt erst nach vollendeter Willensbildung in Erscheinung ..... 52

###### 2. Aufklärungsrelevante Umstände verändern sich nach Abschluss der Willensbildung ..... 56

3. Exkurs: Dissens .....	58
V. Das Verhältnis von Informationspflichten und Vertrag .....	59
1. Beeinflussung von Informationspflichten durch den Vertrag selbst? .....	59
1.1. Begriffliches .....	60
1.2. Einfluss der vertraglichen Risikoverteilung auf die vorvertragliche .....	63
1.2.1. Keine direkte Beeinflussung des Inhalts von Informationspflichten durch den Vertrag .....	63
1.2.2. Risikogerechter Informationswert von Vertragsklauseln .....	65
2. Vertragliche Haftungsausschlüsse für die Verletzung von Informationspflichten .....	71
2.1. Auslegung von Haftungsfreizeichnungen .....	74
2.1.1. Allgemeines .....	74
2.1.2. Reichweite vertraglicher Haftungsfreizeichnungen für die Verletzung von Informationspflichten .....	77
2.1.3. Interpretative Ausdehnung eines Gewährleistungsverzichts auf eine Haftungsfreizeichnung wegen Schadenersatz? .....	82
2.1.4. Interpretative Ausdehnung eines Verzichts auf Irrtumsanfechtung auf eine Haftungsfreizeichnung wegen Schadenersatzes? .....	88
2.1.5. Exkurs: § 937 und § 1389 ABGB .....	90
2.2. Sittenwidrigkeit von Haftungsfreizeichnungen im Allgemeinen .....	92
2.2.1. Allgemeines .....	92
2.2.2. Sittenwidrigkeit von Haftungsfreizeichnungen für die Verletzung vorvertraglicher Informationspflichten .....	94
2.2.2.1. Das scheinbare Problem der Schutzzweckverfehlung .....	94
2.2.2.2. Einzelaspekte der Sittenwidrigkeit .....	96
2.3. Zusammenfassung .....	103
3. Schlüssige Eigenschaftszusage bei unterlassener Aufklärung? ....	106
4. Sonstige schlüssige Zusagen bei unterlassener Aufklärung? .....	112
5. Exkurs: Konkurrenz mit Gewährleistungsrecht .....	114
<b>2. Abschnitt</b>	
<b>Bestand und Inhalt von Informationspflichten .....</b>	<b>117</b>
<b>1. Kapitel: Judikatur und Literatur im Überblick .....</b>	<b>117</b>
I. Österreichische Judikatur .....	117
II. Österreichische Literatur .....	122
III. Deutsche Judikatur .....	122

IV. Deutsche Literatur .....	127
V. Würdigung und weiterer Gang der Untersuchung .....	130
<b>2. Kapitel: Eigene Ansicht .....</b>	<b>133</b>
I. Ausgangspunkt von Aufklärungspflichten: Informationelle Eigenverantwortung der Parteien als Korrelat ihrer Privatautonomie .....	134
1. Konsequenzen und Schlussfolgerungen für den Regelfall .....	140
1.1. Obliegenheit zur Selbstinformation und Risikozuweisung .....	140
1.2. Keine Pflicht zur Fremdinformation als Regelfall .....	143
1.3. Conclusio .....	144
2. Konsequenzen und Schlussfolgerungen für den Ausnahmefall .....	145
2.1. Dogmatische Grundlagen von Informationspflichten .....	145
2.2. Grundlegende Zweiteilung von Informationspflichten nach den normativen Gründen ihres Bestandes .....	150
2.3. Bedeutung dieser Zweiteilung: Unterschiede von Informationspflichten „aufgrund der Tragung der Informationslast“ und solchen „aufgrund positiven Wissens“ .....	154
2.4. Exkurs: Keine Rückschlüsse auf den Bestand einer Obliegenheit zur Selbstinformation bzw einer Pflicht zur Fremdinformation aus dem faktischen Können der Parteien .....	157
3. Conclusio .....	163
II. Aufklärungspflichten aufgrund der „Tragung der Informationslast“ als Ausnahme von der Obliegenheit zur Selbstinformation .....	167
1. Allgemeines: Inhaltliche Bestimmung der Aufhebung der Obliegenheit zur Selbstinformation .....	167
2. Standardisierte Verkehrserwartungen der Parteien: „Verteilung der Informationslast“ .....	171
2.1. Allgemeines .....	171
2.2. Inhalt berechtigter Verkehrserwartungen .....	176
2.2.1. Vorab: Prinzipielle Einschränkungen berechtigter Verkehrserwartungen .....	178
2.2.2. Verkehrserwartungen über die vertragliche Gegenleistung des Vertragspartners .....	182
2.2.2.1. Gewöhnlich vorausgesetzte Eigenschaften .....	182
2.2.2.2. Gewöhnlich vorausgesetzter Verwendungszweck .....	190
2.2.2.3. Gewöhnlich vorausgesetzte Gesetzeskonformität .....	192
2.2.3. Verkehrserwartungen über den Vertragspartner .....	194
2.2.4. Verkehrserwartungen über die Durchführung des Vertragsverhältnisses .....	198

2.3. Zusammenfassung: Verteilung der Informationslast aufgrund berechtigter Verkehrserwartungen .....	203
3. Veränderung berechtigter Erwartungen durch die Parteien: „Verschiebung der Informationslast“ .....	204
3.1. Schaffung berechtigter Erwartungen des Vertrags- partners .....	206
3.1.1. Schaffung einer berechtigten Erwartung durch freiwilliges Erteilen von Informationen .....	207
3.1.1.1. Art der Schaffung einer berechtigten Erwartung .....	207
3.1.1.2. Inhalt der berechtigten Erwartung .....	210
3.1.1.2.1. Richtigkeit und Vollständigkeit erteilter Informationen .....	212
3.1.1.2.2. Zeitliche Begrenzung einer Ausdehnung der Informationslast: Korrektur und Aktualisierung von Informationen?.....	221
3.1.2. Schaffung einer berechtigten Erwartung durch Beantworten einer Frage .....	222
3.1.2.1. Art der Schaffung einer berechtigten Erwartung .....	222
3.1.2.2. Inhalt der berechtigten Erwartung beim Beantworten einer Frage.....	224
3.1.3. Schaffung einer berechtigten Erwartung durch die schlüssige Übernahme einer „informationellen Rolle“.....	226
3.1.3.1. Art der Übernahme einer informationellen Rolle ...	227
3.1.3.2. Exkurs: Keine schlüssige Rollenübernahme durch Handlungen, die im Eigeninteresse gesetzt werden – zugleich eine Erörterung der Grundlagen einer Haftung für die Verwendung unzulässiger AGB .....	233
3.1.3.3. Inhalt der berechtigten Erwartung bei der Übernahme einer informationellen Rolle .....	241
3.2. Einschränkung berechtigter Erwartungen des Vertragspartners.....	243
3.2.1. Direkte Einschränkung berechtigter Erwartungen: Erteilen inhaltlich abweichender Informationen .....	243
3.2.2. Indirekte Einschränkung berechtigter Erwartungen: Verweigern einer Informationserteilung .....	246
3.2.2.1. Explizite/Implizite Weigerung zur Informations- erteilung .....	250
3.2.2.2. Nichtbeantwortung einer Frage als Weigerung zur Informationserteilung .....	251
3.2.2.3. Partielles Erteilen von Informationen als schlüssiges Verweigern einer weitergehenden Informationserteilung .....	253

3.2.2.4. Einräumen eines Zugangs zu Informationsquellen als schlüssiges Verweigern einer weitergehenden Informationserteilung .....	254
3.3. Zusammenfassung: Veränderung der Informationslast durch das vorvertragliche Verhalten der Parteien .....	261
4. Prinzipielle Einschränkung berechtigter Erwartungen: Grundaufmerksamkeit im Eigeninteresse .....	263
4.1. Exkurs 1: § 928 ABGB .....	265
4.1.1. Grundlagen .....	265
4.1.2. Nach § 928 ABGB gebotene Sorgfalt .....	267
4.1.3. Unterlassen einer Besichtigung, Untersuchung oÄ .....	271
4.1.4. Eigene Ansicht hinsichtlich des Unterlassens einer Besichtigung, Untersuchung oÄ .....	274
4.2. Exkurs 2: § 442 BGB .....	280
4.3. Sinngemäße Übertragbarkeit dieser Grundsätze auf vorvertragliche Informationspflichten: „Absolutes“ Grundprinzip des Selbstschutzes .....	291
4.3.1. Passive Grundaufmerksamkeit: Wahrnehmung offenkundiger Umstände .....	296
4.3.1.1. Voraussetzung: Tatsächliche Erkenntnis- möglichkeit .....	297
4.3.1.2. Gebotene Sorgfalt bei der Wahrnehmung von Informationen .....	299
4.3.1.2.1. Grundsatz: Passive Wahrnehmung offen- kundiger Umstände .....	300
4.3.1.2.2. Schlüssige Erhöhung: Wahrnehmung aller erkennbaren Umstände .....	301
4.3.1.3. Exkurs 1: Vermeintliche Kenntnisnahme .....	304
4.3.1.4. Exkurs 2: Abgelehnte Kenntnisnahme – Risikoübernahme .....	306
4.3.2. Schwerwiegende Verdachtsmomente .....	308
4.3.3. Ersichtlichkeit der Umstände aus den öffentlichen Büchern .....	310
4.4. Zusammenfassung: Grundaufmerksamkeit im Eigen- interesse .....	312
5. Exkurs 1: Aufklärung über geradezu Unmögliches iSd § 878 Satz 3 ABGB .....	314
6. Exkurs 2: Aufklärung über das Vorliegen eines Dissenses .....	319
7. Zusammenfassung: Informationspflichten aufgrund der Tragung der Informationslast .....	322
III. Subsidiäre Informationspflichten aufgrund positiven Wissens eines Vertragspartners .....	324
1. Exkurs: Sorglosigkeit des (potenziell) Aufklärungsberechtigten: Schutzunwürdigkeit oder Mitverschulden? .....	326

2. Positives Wissen .....	332
2.1. Gegenwärtiges und Vergangenes .....	334
2.2. Zukünftiges .....	340
2.3. Wissenszurechnung beim Einsatz von Gehilfen .....	345
2.3.1. Vorab: Wissenszurechnung als Wertungsfrage .....	348
2.3.2. Vermeidung der Schlechterstellung des Vertragspartners durch den Einsatz von Gehilfen („Schlechterstellungsargument“) .....	350
2.3.2.1. Inhaltliche Begrenzung des zurechenbaren Wissens bei der aufwärtsgerichteten Wissenszurechnung .....	352
2.3.2.1.1. Begrenzung nach der Art der Erlangung: Dienstliches und privates Wissen .....	354
2.3.2.1.2. Begrenzung nach der Art des Inhalts: Sachlicher Zusammenhang mit der übertragenen Aufgabe .....	356
2.3.2.1.3. Ausnahme dieser Begrenzungen: Vornahme der gesamten Vertragsanbahnung durch Gehilfen .....	357
2.3.2.1.4. Exkurs: Keine Wissenszurechnung bei Schädigung des eigenen Geschäftsherrn .....	359
2.3.2.2. Begrenzung des zurechenbaren Wissens bei der abwärtsgerichteten Wissenszurechnung .....	360
2.3.2.3. Horizontale Wissenszurechnung als Mischform .....	362
2.3.3. Gleichstellung juristischer mit natürlichen Personen („Gleichstellungsargument“) .....	362
2.3.3.1. Wissenszurechnung bei einfachen Vertretern juristischer Personen .....	362
2.3.3.2. Wissenszurechnung bei Organen juristischer Personen .....	363
2.3.4. Begrenzung der Wissenszurechnung durch die gebotene Sorgfalt .....	367
2.3.4.1. Gebotene Sorgfalt als begrenzendes Korrektiv der Zurechnungsfiktion .....	368
2.3.4.2. Inhaltliche Bestimmung der gebotenen Sorgfalt .....	373
2.3.5. Zeitliche Grenzen der Wissenszurechnung .....	376
2.3.6. Gegenläufige Aspekte bei der Wissenszurechnung .....	377
2.3.7. Exkurs 1: Positives Wissen, fiktives positives Wissen und Wissen-Müssen .....	378
2.3.8. Exkurs 2: Fahrlässiges Nicht-Wissen (Wissen-Müssen) und Nachforschungspflichten .....	382
2.3.9. Zusammenfassung .....	386
3. Materielle Interessenabwägung .....	390
3.1. Interessengegensatz zwischen den Parteien .....	394
3.1.1. Vertragstypus .....	395

3.1.2. Persönliche Ausgestaltung des Geschäftskontakts .....	397
3.2. Formelle Risikozuweisung von Informationen	
als Negativkriterium .....	403
3.2.1. Typische Geschäftsrisiken einer Partei .....	403
3.2.2. Unterscheidung zwischen notwendiger Eigenverantwortlichkeit und fehlender Fremd- verantwortlichkeit als graduelle Abstufung der Risikozuweisung .....	404
3.2.3. Exkurs: Irrtumsrechtliche Unterscheidung zwischen Geschäfts- und Motivirrtum .....	407
3.2.4. Notwendige Eigenverantwortlichkeit der Parteien	
als stärkste Risikozuweisung .....	413
3.2.4.1. Gemeiner Wert .....	413
3.2.4.1.1. Exkurs: Innenprovisionen und Rück- vergütungen („Kick-Backs“) .....	418
3.2.4.2. Günstigere Abschlussalternativen .....	423
3.2.4.3. Bürgschaftsrisiko .....	426
3.2.4.4. Künftige Umstände .....	428
3.2.4.4.1. Spekulationsgeschäfte .....	430
3.2.4.4.2. Künftiger wirtschaftlicher Erfolg .....	432
3.2.4.4.3. Künftige Erlangung von Genehmigungen, Bewilligungen, Konzessionen, Widmungen o.Ä. ....	438
3.2.4.4.4. Sonstige zukünftige Umstände.....	440
3.2.5. Fehlende Fremdverantwortlichkeit der Parteien .....	446
3.2.5.1. Eigener Vertragszweck .....	446
3.2.5.2. Eigener Verwendungszweck.....	448
3.2.5.3. Drittfinanzierte Geschäfte .....	452
3.2.5.4. Deckungsumfang einer Versicherungspolizze .....	455
3.2.5.5. Sonstige eigene Motive .....	457
3.2.5.6. Risikozuweisung durch die Parteien in der vorvertraglichen Verhandlungssituation .....	459
3.2.5.6.1. Risikozuweisung an eine Partei: Verweigern einer Auskunft .....	459
3.2.5.6.2. Zuweisung in den gemeinsamen Risikobereich: Ingerenz .....	461
3.3. Gegenläufige Rechte und Pflichten .....	464
3.3.1. Schweigerechte .....	465
3.3.2. Schweigepflichten (Geheimhaltungspflichten) .....	466
3.4. Inhaltliche Interessen der Parteien: Art und Ausmaß der drohenden Nachteile.....	470
3.4.1. Inhaltliche Interessen des (potenziell) Aufklärungs- berechtigten .....	472
3.4.1.1. Art der drohenden Nachteile .....	472

3.4.1.2. Ausmaß der drohenden Nachteile .....	473
3.4.1.3. Einschränkung: Berücksichtigung von Vorteilen ....	477
3.4.2. Inhaltliche Interessen des (potenziell) Aufklärungs-	
pflichtigen .....	478
3.4.2.1. Drohende Nachteile .....	478
3.4.2.1.1. Drohende direkte Nachteile .....	478
3.4.2.1.2. Drohende indirekte Nachteile .....	479
3.4.2.2. Schutz vor opportunistischem Verhalten .....	480
3.4.2.3. Schutz vor der Offenbarung einer Bedrängnis .....	481
3.5. Übergeordnete gesetzliche Ordnungsinteressen? .....	482
3.5.1. Rechtsökonomik und ökonomische Analyse	
des Rechtes .....	483
3.5.1.1. Allgemeines .....	484
3.5.1.2. Kritik .....	487
3.5.2. Sonstige Wertungen: Schutz des Schwächeren? .....	492
3.6. Zusammenfassung.....	495

### 3. Abschnitt

<b>Gebotene Sorgfalt .....</b>	<b>499</b>
--------------------------------	------------

<b>1. Kapitel: Rechtswidrigkeit .....</b>	<b>499</b>
---	------------

I. Objektiv gebotene Sorgfalt: Bestimmung der Maßperson .....	502
---	-----

1. Allgemeines .....	502
----------------------	-----

2. Vorvertragliche Informationspflichten .....	506
--	-----

#### II. Inhaltliche Bestimmung der objektiv gebotenen Sorgfalt

bei Informationspflichten .....	508
---------------------------------	-----

1. Wissensbezogene Sorgfalt.....	508
----------------------------------	-----

##### 1.1. Sorgfaltsanforderungen an die Verfügbarkeit

von Wissen .....	508
------------------	-----

1.1.1. Objektiv gebotene Sorgfalt beim Informationserwerb ....	509
--	-----

1.1.1.1. Prinzip: Wissensstand, der jenem des	
maßgeblichen Verkehrskreises entspricht .....	510

1.1.1.2. Ausnahme: Weitergehende Nachforschungs-	
pflichten?.....	511

1.1.2. Sorgfalt beim Umgang mit Informationen.....	514
--	-----

1.1.2.1. Speicherung .....	515
----------------------------	-----

1.1.2.1.1. Erkennbarkeit der Speicherungs-	
notwendigkeit .....	515

1.1.2.1.2. Erkennbarkeit der Speicherdauer .....	517
--	-----

1.1.2.1.3. Art der Speicherung .....	519
--------------------------------------	-----

1.1.2.2. Abrufen von Informationen .....	519
--	-----

1.2. Sorgfaltsanforderungen an die inhaltliche Qualität	
des Wissens: Richtigkeit und Vollständigkeit .....	520

2. Irrtumsbezogene Sorgfalt .....	521
-----------------------------------	-----



2.1. Allgemeines: Kenntnis und Erkennbarkeit der Fehlvorstellung .....	521
2.2. Bestimmung der gebotenen Sorgfalt .....	524
2.2.1. Gebotene Sorgfalt: Passive Kenntnisnahme .....	524
2.2.2. Möglichkeiten der Kenntnisnahme einer Fehlvorstellung .....	530
2.2.2.1. Situationsbedingte Faktoren .....	531
2.2.2.1.1. Informationsdefizit .....	531
2.2.2.1.2. Irrtum .....	539
2.2.2.2. Personenbedingte Faktoren .....	541
2.2.2.2.1. Informationsdefizit .....	541
2.2.2.2.2. Irrtum .....	544
2.2.2.3. Informationsbedingte Faktoren .....	544
2.2.2.3.1. Informationsdefizit .....	544
2.2.2.3.2. Irrtum .....	545
2.2.2.4. Informationslastbedingte Faktoren.....	546
2.2.2.4.1. Informationsdefizit .....	546
2.2.2.4.2. Irrtum.....	550
3. Mitteilungsbezogene Sorgfalt .....	552
3.1. Art der Informationserteilung.....	552
3.1.1. Adressatenkreis .....	553
3.1.2. Interessenwiderstreit .....	555
3.2. Faktische Durchführung einer Informationserteilung .....	556
3.2.1. Exkurs: Zugang empfangsbedürftiger Willens- und Wissenserklärungen .....	556
3.2.2. Konsequenzen für Informationspflichten .....	558
<b>2. Kapitel: Verschulden .....</b>	<b>560</b>
I. Fahrlässigkeit .....	569
II. Vorsatz .....	571
<b>4. Abschnitt</b>	
<b>Mitverschulden des Geschädigten .....</b>	<b>575</b>
<b>1. Kapitel: Allgemeines .....</b>	<b>575</b>
<b>2. Kapitel: Mitverschulden bei vorvertraglichen Informationspflichten</b>	<b>580</b>
I. Einleitung und Abgrenzung.....	580
II. Eigene Ansicht .....	581
1. Informationspflichten aufgrund der Tragung der Informationslast .....	582
1.1. Kein Mitverschulden bei unterlassener Selbstinformation....	583
1.2. Mitverschulden bei einer geringfügigen Missachtung der stets gebotenen Grundaufmerksamkeit in eigenen Angelegenheiten .....	586

1.2.1. Abgrenzung: Gänzliche Zerstörung einer berechtigten Erwartungshaltung oder bloße Begründung eines Mitverschuldens .....	586
1.2.2. Inhalt der gebotenen Grundaufmerksamkeit .....	588
1.2.3. Fallgruppen .....	590
1.2.3.1. Zweifel aufgrund der Widersprüchlichkeit von Informationen .....	591
1.2.3.1.1. Widerspruch der Informationen in sich selbst .....	591
1.2.3.1.2. Widerspruch zum Wissensstand des Geschädigten .....	592
1.2.3.1.3. Widerspruch zu Allgemeinwissen .....	593
1.2.3.1.4. Widerspruch zu sonstigen realen Wahrnehmungen .....	594
1.2.3.2. Zweifel aufgrund der Art der Mitteilung von Informationen .....	595
1.2.3.3. Zweifel aufgrund der Übergabe weiterer Informationsquellen .....	596
1.2.3.4. Zweifel aufgrund der Person des Vertragspartners .....	600
2. Subsidiäre Informationspflichten aufgrund positiven Wissens: Mitverschulden bei unterlassener Selbstinformation .....	601
2.1. Inhalt der Obliegenheit zur Selbstinformation .....	601
2.2. Höhe des Mitverschuldens .....	606
III. Folgeschäden .....	611
IV. Schadensminderungspflicht .....	612
V. Zusammenfassung .....	614
<b>5. Abschnitt</b>	
<b>Haftung für Gehilfen .....</b>	<b>617</b>
1. Kapitel: Stellung als Erfüllungsgehilfe .....	618
I. Tätigwerden mit Willen des Schuldners .....	618
II. Anscheinserfüllungsgehilfe .....	619
2. Kapitel: Zurechnung im übertragenen Aufgabenbereich .....	622
3. Kapitel: Wahrzunehmende Sorgfalt des Erfüllungsgehilfen .....	624
<b>6. Abschnitt</b>	
<b>Eigenhaftung des Gehilfen .....</b>	<b>629</b>
1. Kapitel: Vorab: Schlüssiger Auskunftsvertrag? .....	630
2. Kapitel: Eigenhaftung des Gehilfen aus cic .....	632
I. Eigenständige Pflichten des Gehilfen .....	632
II. Entstehung eigener Pflichten des Gehilfen .....	636
1. Eigeninteresse .....	637
2. Inanspruchnahme besonderen Vertrauens .....	642

2.1. Vertrauensverhältnis? .....	642
2.2. Vertrauen in den Gehilfen als stereotyper Fall von dessen Eigenständigkeit .....	643
3. Kumulatives Vorliegen beider Aspekte .....	647
<b>7. Abschnitt</b>	
<b>Schaden</b> .....	649
<b>1. Kapitel: Begriff und Ersatzfähigkeit des Schadens</b> .....	649
I. Begriff eines Schadens im Rechtssinn: Reale Umsetzung des fehlerhaft gebildeten Willens .....	649
II. Umfang des ersatzfähigen Schadens .....	657
1. Vertrauensschaden im weiteren Sinn .....	657
2. Positiver Schaden und entgangener Gewinn .....	662
III. Maßgeblicher Zeitpunkt der Schadensfeststellung und Berechnung: Schluss der mündlichen Streitverhandlung erster Instanz .....	667
IV. Zurechenbarkeit eines Schadens an den Schädiger .....	669
1. Allgemeine schadensbezogene Haftungsvoraussetzungen .....	670
1.1. Kausalität .....	670
1.1.1. Konkretisierung des Inhalts des Kausalzusammen- hangs .....	672
1.1.2. Bestimmung der Kausalität mittels der condicio sine qua non .....	680
1.1.2.1. Theoretischer Hintergrund der condicio sine qua non: Vergleich mit einer Hypothese .....	680
1.1.2.1.1. Reichweite der Hypothese .....	681
1.1.2.1.2. Probleme und Grenzen der Hypothese .....	683
1.1.2.1.3. Die condicio sine qua non als Negativ- beweis .....	684
1.1.2.1.4. Weitergehende Bedeutung der Hypothese als Beweis des entgangenen Gewinnes .....	686
1.1.2.2. Bestimmung des Ausgangspunkts der Hypothese ...	687
1.1.2.2.1. Aktives Verhalten ist zur Gänze rechtswidrig .....	690
1.1.2.2.2. Unterlassung (passives Verhalten) ist rechtswidrig .....	691
1.1.2.2.3. Ein Teil eines aktiven Verhaltens ist rechtswidrig .....	693
1.1.2.2.4. Kombination aus aktivem und passivem Verhalten ist rechtswidrig .....	698
1.1.3. Resultat .....	702
1.2. Adäquanz .....	704
1.3. Rechtswidrigkeitszusammenhang .....	705

2. Bestimmung der Zurechenbarkeit von Primär- und Folgeschäden .....	710
2.1. Problemstellung .....	710
2.2. Eigene Ansicht: Abstellen auf den Eintritt eines Risikos in den Vermögensgütern des Geschädigten .....	713
2.3. Allgemeingültigkeit der Risikobetrachtung.....	719
2.4. Prüfung der Zurechenbarkeit aller Einzelrisiken .....	721
2.5. Exkurs: Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Differenzrechnung.....	725
2.6. Conclusio .....	727
3. Exkurs: Zeitliche Begrenzung der Zurechnung .....	728
<b>2. Kapitel: Schadensbehebung .....</b>	<b>731</b>
I. Zurückversetzung in den vorigen Stand .....	733
1. „Einfache Naturalrestitution“: Herstellung des Zustandes vor Schädigung .....	733
2. „Doppelte Naturalrestitution“: Herstellung des heutigen hypothetischen Zustandes.....	737
2.1. Scheinbare Vorteile der „doppelten Naturalrestitution“ .....	738
2.2. Scheinbare Vermeidung der Festlegung eines bestimmten Zeitpunkts der Schadensfeststellung .....	740
2.3. Missachtung des Begriffs des positiven Schadens .....	743
2.4. Veränderung der Beweislast.....	746
3. Notwendigkeit einer „gemischten Naturalrestitution“ zur Wahrung der Risikoverteilung zwischen den Parteien .....	753
II. Wertersatz .....	757
1. Konkrete Schadensberechnung als Prinzip des Schadenersatzrechts .....	758
2. Ermittlung der Schadenshöhe durch Differenzrechnung .....	765
2.1. Wahl des Vergleichszeitpunkts .....	765
2.2. Berücksichtigung der Risikoverteilung zwischen den Parteien .....	768
3. Zusammenfassung .....	774
<b>8. Abschnitt</b>	
<b>Beweislast .....</b>	<b>777</b>
<b>1. Kapitel: Allgemeines .....</b>	<b>777</b>
I. Anscheinsbeweis .....	777
II. Indizienbeweis .....	780
III. Beweislastumkehr .....	780
<b>2. Kapitel: Beweis des Schadens .....</b>	<b>782</b>
<b>3. Kapitel: Beweis der Rechtswidrigkeit .....</b>	<b>786</b>
I. Allgemeine Verteilung der Beweislast.....	786

II. Beweislastumkehr des § 1298 ABGB .....	788
1. Umfang der Beweislastumkehr des § 1298 ABGB .....	789
2. Inhalt der Beweislastumkehr des § 1298 ABGB .....	790
2.1. Allgemeines .....	790
2.2. Inhalt der Beweislastumkehr: „Sorgfaltseinhaltungs- beweis“ .....	791
2.3. Abgrenzung: Keine Beweislast des Schädigers für „Sorgfaltfeststellungsbeweis“ .....	792
2.4. Exkurs: Verwechslungen von fehlender Rechtswidrigkeit und Kausalität .....	796
2.5. Conclusio .....	796
3. Anknüpfungspunkt der Beweislastumkehr des § 1298 ABGB .....	797
3.1. Lehre und Rechtsprechung .....	798
3.2. Unstrittiger Ausgangspunkt: Nichterfüllung einer vertraglichen Hauptleistungspflicht .....	800
3.3. Ausdehnung des Anwendungsbereichs des § 1298 ABGB ...	800
3.3.1. Problemstellung .....	800
3.3.1.1. Möglicher Anknüpfungspunkt 1: Ausbleiben eines final umschriebenen Erfolges (Pflichtwidrigkeit) ....	801
3.3.1.2. Möglicher Anknüpfungspunkt 2: Materieller Zusammenhang mit Verhaltensunrecht .....	805
3.3.2. Eigene Ansicht .....	806
3.3.2.1. Indizwirkung von belastenden Momenten .....	806
3.3.2.2. Abgeschwächter Garantiedanke .....	815
3.3.2.3. Haftungsverschärfung bei Sonderverbindung .....	816
3.3.2.4. Sphärengedanke? .....	817
3.3.2.5. Conclusio .....	819
4. Beweisschema bei Aufklärungspflichten .....	820
<b>4. Kapitel: Beweis der Kausalität .....</b>	<b>821</b>
I. Inhalt und Art des Kausalitätsbeweises .....	821
1. Allgemeines .....	821
2. Positiver Schaden .....	823
2.1. Art des Kausalitätsbeweises .....	823
2.2. Inhalt des Kausalitätsbeweises für den positiven Schaden bei der Verletzung von Aufklärungspflichten .....	825
3. Entgangener Gewinn .....	830
3.1. Art des Kausalitätsbeweises .....	830
3.2. Inhalt des Kausalitätsbeweises für den entgangenen Gewinn bei der Verletzung von Aufklärungspflichten .....	831
4. Exkurs: Keine Risikouberwälzung durch Teil- ersatzbegehren .....	832
II. Umkehr der Beweislast beim Kausalitätsbeweis? .....	834

1. Lehre und Rechtsprechung .....	836
2. Eigene Ansicht .....	840
2.1. Ablehnung einer Beweislastumkehr .....	840
2.2. Conclusio .....	844
2.3. Exkurs 1: Übertragbarkeit auf die Irrtumsveranlassung durch Unterlassen.....	844
2.4. Exkurs 2: Beweislast beim als „rechtmäßiges Alternativ- verhalten“ bezeichneten Teil der Kausalität.....	846
III. Reduktion des Beweismaßes beim Kausalitätsbeweis.....	850
1. Wahrscheinlichkeit der Hypothese .....	852
2. Keine Differenzierung zwischen Tun und Unterlassen .....	854
3. Unanwendbarkeit des Anscheinsbeweises bei freiem Willensentschluss?.....	858
<b>5. Kapitel: Beweis der Adäquanz und des Rechtswidrigkeits-         zusammenhangs .....</b>	<b>860</b>
<b>6. Kapitel: Beweis des Verschuldens .....</b>	<b>860</b>
<b>9. Abschnitt</b>	
<b>Verjährung .....</b>	<b>863</b>
<b>1. Kapitel: Eintritt eines Schadens .....</b>	<b>865</b>
<b>2. Kapitel: Kenntnis des Schadenseintritts .....</b>	<b>866</b>
<b>Zusammenfassung der Ergebnisse .....</b>	<b>871</b>
Stichwortverzeichnis .....	889